

Wortfische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A) 3900-3665, Fernverkehr Dönhoff 3686-3698. Telegramme: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustell.- oder 1,24 M. Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: inn-Zeile 32 Pf., Familien-Ann.-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. ^{Annahme} [15 Pf.] • Nr 473

MITWOCHE, 4. OKTOBER 1933

MORGEN-AUSGABE

Der Anschlag auf Dollfuß

Leichtere Verletzungen des Bundeskanzlers — Die Vernehmung des Täters

Am Dienstag nachmittag gegen 3 1/2 Uhr wurde, wie wir bereits im größten Teil des Dienstag-Abendblattes melden konnten, im Wiener Parlamentsgebäude ein Revolveranschlag auf den österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß verübt. Der Täter wurde verhaftet.

Zeit langem vorbereitet

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 3. OKTOBER

Der Anschlag auf Bundeskanzler Dr. Dollfuß erfolgte mit einem kleinen Zornmetallrevolver mit Perlmuttergriff, Kaliber 7 Millimeter, der nur die weit abgelegenen Patronen enthielt. Der Attentäter, der 24jährige Rudolf Dertill, lagte im Polizeiverhör, daß er schon seit mehreren Tagen verheißt habe, sich dem Kanzler zu nähern, daß er heute zweimal in seinem Wohnhause vorgefahren habe, dann im Bundeskanzleramt, und daß er schließlich mehrere Stunden im Parlament gewartet habe. Dort habe er ihn eingesehen, weil er einen Brief vorzulege, den er Dr. Dollfuß überbringen sollte. Der Kanzler hatte der Verurteilung des dreißigjährigen Abgeordnetenklub mit begehrt und verabschiedete sich gerade vom Bundesminister Stodinger, als der junge Burtsche ihm entgegenkam und auf zwei Schritte Entfernung feuerte.

Dr. Dollfuß begab sich allein in die Postkasseler und sagte: „Ich glaube, ich habe einen Durchschlag.“ Nachdem man festgestellt hatte, daß sich nur eine Wunde am Oberarm befand, ließ der Kanzler in seinem Auto nach der nächsten Unfallstation, wo der herbeigerufene Professor Dr. Dent im Abend gegen die Brust abgefeuerte kleine Kugel fand; etwas über dem Herzen war ein kleiner Metallsplitter des Hodes abgeprallt. Die zweite Kugel traf den rechten Oberarm durchschlagend, aber ohne Knochen- oder Nervenschädigung und nur eine vier Zentimeter lange Fleischwunde verursachte. Nach einer Tetanus-Entfernung wurde ein Verband angelegt. Die Ostlin des Bundeskanzlers hatte sich mit mehreren Ministern in der Unfallstation eingefunden.

In seiner Wohnung angefangen, empfing der Kanzler zunächst den Besuch des Bundespräsidenten Miklas, dann den des Kardinal-Erzbischofs Smigler. Unter den Ehrentiteln sah man die Gesandten von Japan, Polen, Italien und der Türkei.

Eine Rundfunkrede

Bundeskanzler Dollfuß selbst sprach um acht Uhr abends mit recht feierlicher Stimme, wenn auch metrisch bewegt, im Rundfunk. Er legte Wert darauf, noch heute einige Worte seinen Freunden und der Öffentlichkeit sagen zu können, da er wisse, daß nach solchen Ereignissen die Besuche oft nicht ganz der Behaltens entsprechen. Er wolle betonen, „Ich kann nur sagen, daß ich von der Wohnung aus die Regierungsgeschäfte führen werde, aber übermorgen lasch wieder in meinem Büro zu sein hoffe. Ich habe einen Pfeilschubdrüsen erhalten, wie wir ihn im Krieges

Roosevelt verküßt geschickt

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 3. OKTOBER

Die New-Yorker Polizei, die von einem bedeutendsten Anschlag radikaler Gruppen auf Roosevelt unterrichtet war, traf ungewöhnliche Schutzmaßnahmen für den aus Chicago zurückkehrenden Präsidenten. Roosevelt verließ den Bahnhof über einen geschützten Hügel. Häufig Detektive und 200 Polizisten waren auf dem Bahnhof und im Bahnhof verteilt. An einem Nebenabgang des Gepäckraums besaß Roosevelt das Auto, das ihn in seine New-Yorker Privatwohnung brachte. Die Citroën waren eine Stunde lang abgeperst, und das Auto des Präsidenten, von dreißig Motorradern begleitet, wurde durch 200 Polizisten und Detektiven bewacht.

Anschlag auf Kubas Präsidenten

NEW YORK, 3. OKTOBER

Präsident Grau Con Martin entging heute knapp einem Mordanschlag, als er in einem offenen Wagen das Präsidenten-Palais verließ, um verwundete Soldaten in den Krankenzugeln zu be-

einen „Tausendbüchsenfuß“ genannt hätten. Ich bin heute wirklich, wie ich glaube, durch die Fügung Gottes einer schweren Gefahr entronnen und bin in voller Ruhe und in vollem Ernst mit meiner Pflicht bewußt und werde auch die mir gestellte Aufgabe erfüllen.“ Er schloß mit Gruß und Dank an jene, die sich um ihn bemüht hätten, und ließ ihm bereits Glückwünsche folgen.

Die Motive

Ueber den Attentäter liegen widersprechende Nachrichten vor. Im Bericht befreit er mit Entschiedenheit, dem amtlichen Polizeibericht zufolge, Nationalsozialist zu sein. Er habe sich politisch indifferent verhalten. Ueber den Beweggrund zur Tat befragt, gab er an, daß er durch das Attentat auf einen Mann habe aufmerksamer machen wollen, der die Fahrgäste besitze, Dertill sei aus keinem gegenwärtigen Genuß herauszufinden. Er wolle aber diesen Mann noch nicht nennen. Direkte Beobachtungen gegen den Bundeskanzler stütze er in Würde, gab aber zu, daß man „bei solchen Taten mit einem solchen Ausgang auch rechnen müsse.“ Wie weiter gemeldet wird, gehörte Dertill beim Militär dem Wehrdienst an, der als die dreißigjährige Soldatenvereinigung gilt. Er lebte bis vor kurzem bei seinem Stiefvater Dr. Rainund Günther, einem pensionierten Bahnbauingenieur, der jetzt in der Estermeder lebt und der als volkreichtiger Beamter in der beim Wehrdienst führende tätig war. Früher war er während zweier Jahre Anführer beim Hausbesucherverband, dessen Vorsteher H. Wolfzettel gegenüber erklärte, der junge Mann habe auch immer den Eindruck eines natürlichen Menschen gemacht, der sich niegegend glücklich fühlte. Auch kürzlich noch habe ihn Dertill auf ein Verhältnis zu seiner Familie (siehe sein Bericht) zurückbeziehen zu haben.

Eine Rede des Vizekanzlers Fey

Die „Vaterländische Front“ veranlaßte nach am Abend auf dem Volkshausplatz eine Kundgebung, zu der die Heimwehr- und verwandte Formationen in großer Zahl erschienen waren. Vizekanzler Fey richtete eine Ansprache an die Menge, in der er Dr. Dollfuß einen Mann von letztenen Führereigenschaften nannte, einen Mann von reinem Herzen und reiner Pede, begabt mit allen Staatsmännischen Eigenschaften.

„Gegen diesen Führer, der es zunehmend gebracht hat, den österreichischen Gedanken wieder lebendig zu machen, dem es gelang, unsere Wehrverbände zu gemeinsamer Front zusammenzuführen, hat ein Verbrecher die Waffe erhoben. Wie rufen nach Rache und Standrecht.“

Aber ich muß sagen, Rache ist nicht das richtige Wort. Wir haben es nicht notwendig, wir werden nur Öbergerechtigkeit üben und unsern Kampf unentwegt weiterführen.

Mit Wünschen und Dank für Dollfuß verknüpfte Vizekanzler Fey die Aufforderung an die Heimwehr, Ruhe und Disziplin zu wahren. Wenn die Gefahr wirklich groß werde, werde man sie rufen. Die Menge sah auch vor das Wohnhaus Dr. Dollfuß und brachte ihm Ovationen dar.

Siehe auch zweite Seite

Annahme des französischen Vorschlags in London?

LONDON, 3. OKTOBER

Der englische Außenminister Sir John Simon hat nach seinem Besuch bei MacDonald die Besprechungen mit einzelnen Ministern über die schwedischen Fragen des Abrüstungsproblems fortgesetzt. Obwohl offiziell noch keine Mitteilung darüber erfolgt ist, rechnet man mit einem Zusammentritt des Kabinetts am Mittwoch oder Donnerstag.

Selbstverständlich hat eine Festlegung der englischen Politik vor Inkrafttreten des Kabinetts noch nicht stattgefunden. Stimmungsgemäß aber scheinen die Engländer den französischen Standpunkt, Deutschland in den ersten oder „Anschluß“ bis zur Zulassung sämtlicher Waffengattungen zu verweigern, zu geneigen. Auch ist die Opposition in Whitehall gegen die französischen Sanktionspläne weniger entschieden, als man zunächst erwarten mußte.

Verstobene Fronten

Die Judenfrage in Genf

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

FS GENF, 3. OKTOBER

Die deutsche Delegation war es selbst, die die Behandlung der Judenfrage vor der 6. (politischen) Kommission der Völkerbundversammlung gefordert hatte. Damit war weder Genewa erlegt, noch Berlin verurteilt, denn die Debatte war an sich unermittellich. Es war lediglich eine altere Ablehnung entworfen, von der abzugehen ein fühlbarer Grund nicht bestand. Wer gehofft hatte, daß diese Debatte einen ruhigen Verlauf nehmen würde, daß sich entsäufte, ist solcher Hoffnung nur vor dann ein Grund vorhanden, wenn man annahm, daß das, was von französischer, griechischer, schweizerischer, norwegischer und holländischer Seite in der Generalabstimmung der Völkerbundversammlung gesagt worden war, schon die Angelegenheit erschöpft haben sollte, daß man sich daher in der Kommission nicht mehr sonderlich bemühen werde. Aber die Reden in der Versammlung waren im Gegenteil nur ein Auftakt. Die eigentliche Auseinandersetzung blieb den Kommissionen vorbehalten.

Die Rede der Reden eröffnete als Vortragsleiter der deutsche Delegationsführer, Gesandter von Steller, unterteilte die Beschwerden und Wünsche, die während der letzten drei Jahre von den deutschen Vertretern im Völkerbund vorgebracht worden waren, und er ging dann noch auf prinzipielle Fragen ein. Einmal auf die Judenfrage. Darin wurde die Stellung eingenommen, die Judenfrage von allen Minoritätenfragen streng zu scheiden. Es handele sich, sagte Herr von Steller, „um ein besonderes geartetes Minderheitenproblem“, in erster Linie um eine bevölkerungspolitische und soziale Frage. Regaliti wies er darauf hin, daß die Juden in Deutschland weder eine sprachliche noch eine nationale Minderheit sind, daß sie sich nicht als solche fühlen und niemals Wünsche geäußert hätten, als solche behandelt zu werden. Es handele sich aus solchen positiven und negativen Gründen um eine Frage sui generis, für die eine spezielle Lösung gefunden werden müsse.

Der allgemeine Anspruch in der Judenfragefrage dagegen wurde von dem deutschen Vertreter auf den Begriffen des Volkstums aufgebaut. Freist der Zusammengehörigkeit aller Völker, die durch das gemeinsame Blut, gemeinsame Sprache, Geist, Kultur und Sitten verbunden sind und sich als Glieder einer organischen Gemeinschaft fühlen. Aus der Zugehörigkeit zu einem Volk ergibt sich, daß dieses das natürlich und fühlbar begründete Recht hat, sich mit all seinen Gliedern, auch wenn diese durch staatliche Grenzen vom Muttervolk getrennt sind, als eine geistige und kulturelle Einheit zu betrachten. Das alles sind Gebotsforderungen, die — wenn auch in anderer Form — auch nicht unbekannt waren, und die im weitestlichen die ideale Basis auch für alle früheren Diskussionen über die Judenfragefrage ergraben. Es wurde auch hier wiederum festgestellt, daß der Völkerbund dem eigenen Volkstum den Respekt vor fremdem Volkstum in sich schließe und fordere.

Die einleitende Diskussion zeigte, daß die bisherigen Fronten im Judenfrageproblem sich fast verstanden hatten. Die Deutschen hatten nicht etwa, wie früher, darum zu kämpfen, ihre Position zu behaupten, sondern sie hatten darum zu kämpfen, nicht über ihre Position hinausgedrungen zu werden. Man befreit ihnen nicht den Volkstumsgedanken, sondern man verlange Erweiterung der Minoritätenrechte auf alle Minoritäten, wobei man auf der Gegenseite zu den Minoritäten auch die Juden rechnet, so daß im Grunde die Differenzen zwischen der deutschen und der Gegenparteien dahin behaupten: ist eine die Deutschen behaupten, die jüdische Frage ein Spezialfall? Oder, wie die Gegenparte behaupten, ist sie es nicht?

Indem die Gegenparte den Spezialfall leugnet, verlangt sie (schweizerischer Antrag) die Veranbarung einer Völkerbundresolution aus dem Jahr 1920 in feste juristische Verpflichtungen. In dieser Resolution wurden die Hoffnungen ausgedrückt, daß die nicht durch Völkerbundverträge gebundenen Staaten ihren Minderheiten, wie früher, darum angeheben lassen wie die durch Völkerbundverträge gebundenen Staaten. Zu nicht viel anderen Konsequenzen führt der Antrag der Polen, der den Tat auffordert, eine Studienkommission einzusetzen, die unteruchen soll, wie sich die Minderheitsverpflichtungen auf alle Staaten ausdehnen lassen.

Man sieht man vor folgender merkwürdigen Frage: Die deutsche Regierung hat immer einer Ausdehnung der Min-

Unsere zweite Seite

Spermark, Scripts und Zusatzexport / Neue Yokabehn und ihre Bedeutung